



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Der Präsident des Landtags NRW
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

05. September 2018

Seite 1 von 1

Telefon 0211 871-2228

Telefax 0211 871-3355

Aufstellung des Haushaltsplans für das Haushaltjahr 2019
Erläuterungsband zum Entwurf des Einzelplans 03

Sehr geehrter Herr Präsident,

als Anlage übersende ich Ihnen 120 Exemplare des Erläuterungsbandes zum Entwurf des Einzelplans 03 zur weiteren Verwendung.

Gleichzeitig werde ich Ihnen den Erläuterungsband elektronisch zusenden.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Reul



Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



Erläuterungen zum Entwurf des Haushaltsplans 2019

Einzelplan 03

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Überblick über den Einzelplan 03	2
1 Einnahmen	3
2 Ausgaben	4
2.1 Gesamtausgaben	4
2.2 Personalausgaben	5
2.3 Sachausgaben	6
3 Wesentliche Veränderungen	7
3.1 Bei den Einnahmen	7
3.2 Bei den Ausgaben (ohne Personalhaushalt)	7
4 Personalhaushalt	7
4.1 Wesentliche Veränderungen bei den Personalausgaben	7
4.2 Wesentliche Veränderungen bei den Planstellen und Stellen	8
4.3 Kw-Vermerke	10
4.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung	12
II. Stellenpläne, Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln	14
03 010 Kapitel Ministerium	15
03 020 Kapitel Allgemeine Bewilligungen	17
03 110 Kapitel Polizei	18
03 130 Kapitel Deutsche Hochschule der Polizei	21
03 310 Kapitel Fünf Bezirksregierungen	22
03 320 Kapitel Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW	25
03 350 Kapitel Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW	28
03 710 Kapitel Feuerschutz und Hilfeleistung	30
03 750 Kapitel Institut der Feuerwehr NRW Münster	31
03 810 Kapitel Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen	33
03 900 Kapitel Versorgung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen	34
03 910 Kapitel Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizeibe- hörden und Polizeieinrichtungen des Landes sowie ihrer Hinter- bliebenen	35

I.

Überblick

über den

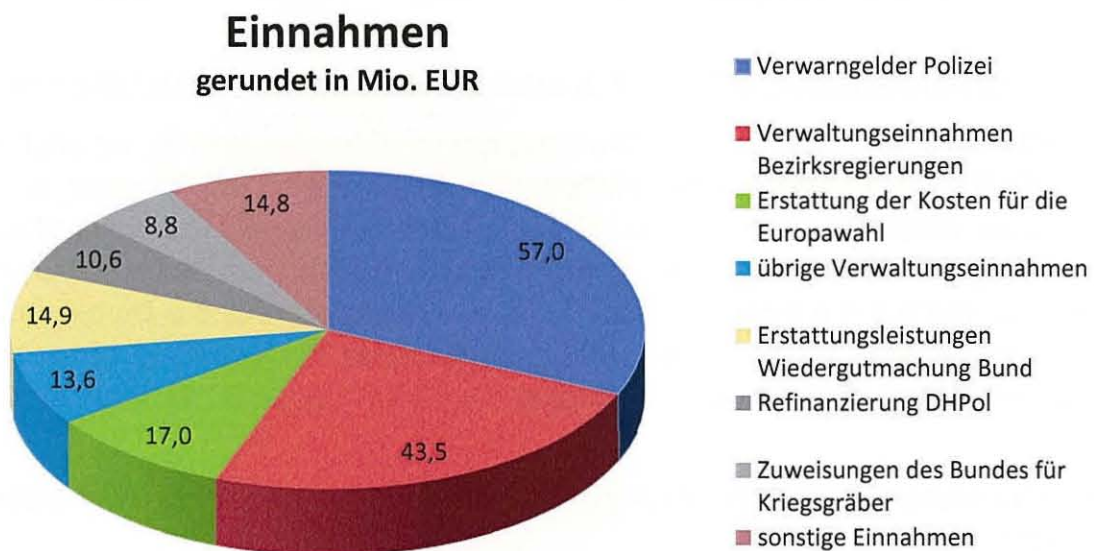
Einzelplan 03

Der vorliegende Erläuterungsband bezieht sich auf den Entwurf des Haushaltsplans 2019¹.

1 Einnahmen

Die Gesamteinnahmen erhöhen sich gegenüber dem Vorjahreshaushalt um 14,2 Mio. EUR auf nunmehr 180,2 Mio. EUR. Grund dafür sind hauptsächlich die Erstattungen der Kosten für die Durchführung der Europawahl (+ 17,0 Mio. EUR, Kap. 03 010). Der Ansatz für die Einnahmen aus Verwargeldern der Polizei wird an das tatsächliche Aufkommen angepasst (+ 2,0 Mio. EUR). Verkaufserlöse (- 4,0 Mio. EUR) für Polizeihubschrauber werden abgesetzt. Die übrigen Einnahmen bewegen sich in etwa auf dem Vorjahresniveau.

Die nachstehende Grafik veranschaulicht die Einnahmestruktur des Einzelplans:



¹ Die Einnahmen und Ausgaben sind auf ein, zwei oder drei Stellen hinter dem Komma gerundet.

2 Ausgaben

2.1 Gesamtausgaben

Das Ausgabevolumen 2019 beträgt **5.844,76 Mio. EUR**, wobei sich die Ansätze der Ausgaben im Einzelplan insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 287,89 Mio. EUR erhöhen.

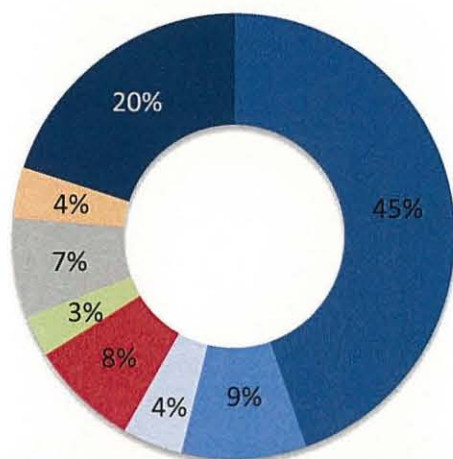
Gesamtausgaben	2019 Mio. EUR	2018 Mio. EUR	+/-	+/- in v.H.
Einzelplan, hiervon	5.844,76	5.556,87	287,89	5,18
• Personalausgaben	4.622,33	4.413,04	209,29	4,74
• Sächliche Verwaltungsausgaben	784,46	748,79	35,67	4,76
• Zuweisungen und Zuschüsse	122,51	104,64	17,86	17,07
• Baumaßnahmen und Investitionen	344,70	316,26	28,43	8,99
• Besondere Finanzierungsausgaben	-29,23	-25,87	-3,36	12,99

Die Personalausgaben (siehe Nr. 2.2) erhöhen sich dabei um 209,29 Mio. EUR.

Sowohl bei den sächlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 5), als auch Ausgaben für Baumaßnahmen und Investitionen (Hauptgruppen 7 und 8), sind, prozentual gesehen, moderate Anstiege von 35,67 bzw. 28,43 Mio. EUR zu verzeichnen. Bei den Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse ergibt sich ein Zuwachs von etwa 17 Prozent, der auf die Kostenerstattung an die Gemeinden für die Durchführung der Europawahl (Kap. 03 010) sowie auf die umfassende Neujustierung der finanziellen Rahmenbedingungen für den polizeilichen Digitalfunk (Kap. 03 110) zurückzuführen ist.

Die nachstehende Grafik zeigt eine grobe Übersicht über die **Ausgabenstruktur** des Einzelplans.

Ausgabenstruktur EP 03



- Personalausgaben Polizei (2.608,9 Mio. EUR)
- Sachausgaben Polizei, ohne Investitionen (535,0 Mio. EUR)
- Investitionen Polizei (256,7 Mio. EUR)
- Personalausgaben Bezirksregierungen (463,0 Mio. EUR)
- Personalausgaben übrige Kapitel (173,5 Mio. EUR)
- Sachausgaben übrige Kapitel (422,1 Mio. EUR)
- Versorgung übrige Beamtinnen u. Beamte (217,0 Mio. EUR)
- Versorgung Beamtinnen u. Beamte der Polizei (1.169,0 Mio. EUR)

Den mit Abstand größten Ausgabenblock stellen mit 45 Prozent weiterhin die Personalausgaben der Polizei dar. Gemeinsam mit den Sachausgaben der Polizei und den Versorgungsausgaben für Beamtinnen und Beamte der Polizei trägt die Polizei 80 Prozent der Gesamtausgaben. Bei den übrigen Ausgabenblöcken des Einzelplans sind insbesondere die Personalausgaben der Bezirksregierungen mit etwa 8 Prozent der Gesamtausgaben zu erwähnen, die Sachausgaben aller übrigen Kapitel machen zusammen 7 Prozent der Gesamtausgaben aus.

2.2 Personalausgaben

In der Hauptgruppe 4 sind 209,29 Mio. EUR mehr veranschlagt als im Vorjahr. Im Einzelnen sind folgende Veränderungen zu verzeichnen:

Personalhaushalt	2019 Mio. EUR	Anteile in v.H.	2018 Mio. EUR	+/-	+/- in v.H.
Einzelplan, hiervon	4.622,33	100,0	4.413,04	209,29	4,74
• Polizei	2.608,92	56,4	2.520,55	88,37	3,51
• Versorgung	1.376,89	29,8	1.271,30	105,59	8,31
• Bezirksregierungen	463,00	10,0	453,08	9,91	2,19
• Ministerium	68,68	1,5	66,83	1,85	2,77
• Beihilfen	43,42	0,9	44,88	-1,46	-3,26
• Fachhochschule für öff. Verwaltung	38,26	0,8	34,94	3,32	9,49
• DHPol	10,33	0,2	9,53	0,80	8,40
• Feuerschutz und IdF	9,10	0,2	8,50	0,60	7,03
• Aus- und Fortbildungseinrichtungen	3,73	0,1	3,42	0,31	9,06

Die größte Steigerung gegenüber dem Vorjahr erfahren die Versorgungsausgaben, die an die erhöhten Ist-Ausgaben und die voraussichtliche Entwicklung angepasst werden. Die Personalausgaben der Polizei steigen gegenüber dem Vorjahr um über 88 Mio. EUR. Dies ist hauptsächlich durch die weitere Umsetzung von Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag begründet, insbesondere die Einstellung von 500 Tarifbeschäftigten als Verwaltungsassistenten und die weitere Erhöhung der Einstellungsermächtigungen für Kommissaranwärterinnen und -anwärter auf nunmehr 2.400. Aber auch die Einrichtung von neuen Planstellen und Stellen, u.a. zur Terror- und Kriminalitätsbekämpfung, wirken hierbei ansatzerhöhend.

2.3 Sachausgaben

Sachhaushalt	2019 Mio. EUR	Anteil in v.H.	2018 Mio. EUR	+/-	+/- in v.H.
Einzelplan, hiervon	1.222,43	100,0	1.143,83	78,60	6,87
• Polizei	791,68	64,8	729,16	62,52	8,57
• Bezirksregierungen	178,60	14,6	168,63	9,98	5,92
• Ministerium	98,68	8,1	83,57	15,10	18,07
• Feuerschutz und IdF	89,93	7,4	88,73	1,20	1,35
• Wiedergutmachung	38,79	3,2	42,58	-3,80	-8,91
• Fachhochschule für öff. Verwaltung	26,30	2,2	27,76	-1,46	-5,25
• Aus- und Fortbildungseinrichtungen	9,74	0,8	10,08	-0,34	-3,41
• Allgemeine Bewilligungen	9,44	0,8	9,44	0,00	0,00
• Versorgung	8,61	0,7	9,57	-0,96	-10,02
• DHPol	3,20	0,3	3,24	-0,04	-1,34
• Globale Minderausgabe	-32,53	-2,7	-28,93	-3,60	12,44

Die Steigerungen bei der Polizei sind insbesondere in Investitionsmaßnahmen für Kraftfahrzeuge wie z.B. Funkstreifenwagen und Einsatzfahrzeuge (+ 50,67 Mio. EUR) und Verstärkung der Bekämpfung des Terrorismus (+ 7,77 Mio. EUR) begründet. Ferner erhöhen sich die Ausgaben für den Bereich Digitalfunk (+ 17,98 Mio. EUR).

Im Ministerium ist die erhebliche Steigerung auf die Kostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Durchführung der Europawahl zurückzuführen (+16,98 Mio. EUR).

Ein Mehrbetrag von 3,15 Mio. EUR ist zudem für den Verfassungsschutz veranschlagt.

Bei den Bezirksregierungen entstehen Mehrausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik (IuK-Technik) (+ 8,88 Mio. EUR) sowie für Geschäftsbedarf und Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenständen (+ 2,67 Mio. EUR).

3 Wesentliche Veränderungen (mit Ausnahme Personalhaushalt)

Als wesentliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind festzuhalten:

3.1 Bei den Einnahmen

- Erstattungen für die Durchführung der Europawahl +16,98 Mio. EUR
- Erwartete Mehreinnahmen bei Verwarngeldern der Polizei + 2,00 Mio. EUR
- Mindereinnahmen im Bereich der Wiedergutmachung - 1,64 Mio. EUR
- Mindereinnahmen bei den Verkaufserlösen der Polizei - 4,00 Mio. EUR

3.2 Bei den Ausgaben

- Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen für die Polizei 50,67 Mio. EUR
- Digitalfunk 17,98 Mio. EUR
- Kostenerstattungen Durchführung der Europawahl 16,98 Mio. EUR
- Verstärkung der Terrorbekämpfung 7,77 Mio. EUR
- IuK-Technik bei den Bezirksregierungen 8,88 Mio. EUR
- Landeseinheitliches Warnsystem Gefahrenabwehr 3,94 Mio. EUR
- Mehrausgaben für den Verfassungsschutz 3,15 Mio. EUR
- Erweiterung der UfA Büren 0,16 Mio. EUR
- Feuerschutz: Landeszuschüsse an Gemeinden - 5,31 Mio. EUR
- Ausgaben im Bereich der Wiedergutmachung - 3,80 Mio. EUR

4 Personalhaushalt

4.1 Wesentliche Veränderungen bei den Personalausgaben

Ausgaben für aktiv Beschäftigte

Bei den Ausgaben für Dienstbezüge, Entgelte, Beihilfen, Freie Heilfürsorge etc. der aktiv Beschäftigten (Hauptgruppe 4 abzüglich Versorgungskapitel) ergeben sich per Saldo um 103,69 Mio. EUR erhöhte Ansätze. Ein wichtiger Grund für diese Steigerung ist der Nachvollzug der Besoldungs- und Tariferhöhung 2018 in Höhe von 2,35 Prozent auf die Bestandsstellen. Etwa 85 Prozent der Erhöhung, dies entspricht 88 Mio. EUR, sind der Polizei zuzuordnen.

Ausgaben für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger

Die Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sind basierend auf den Ausgaben der Vergangenheit sowie aufgrund steigender Fallzahlen und linearer Verbesserungen nach landeseinheitlicher Vorgabe des Ministeriums der Finanzen berechnet. In der Summe liegen die Ansätze der Versorgungskapitel 03 900 und 03 910 mit 1.385,50 Mio. EUR um 104,63 Mio. EUR höher als im Vorjahr.

4.2 Wesentliche Veränderungen bei den Planstellen und Stellen

Stellenbestand

Gegenüber dem vorherigen Haushalt (57.782) stehen mit 58.386 per Saldo 604 Planstellen und Stellen mehr im Entwurf.

- **1.762** Planstellen und Stellen sind **neu** ausgebracht, denen
- **1.158 entfallende** Planstellen und Stellen (Verlagerung, Absetzung, kw-Realisierung) gegenüberstehen.

Nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Kapiteln:

Planstellen und Stellen	2019	2018	Saldo	Neu	davon mit kw-Befruchtung
Einzelplan, hiervon	58.386	57.782	604	1.762	248
• Polizei	48.401	47.802	599	1.122	220
• Fünf Bezirksregierungen	8.045	8.104	-59	552	28
• Ministerium	1.108	1.104	4	29	16
• Fachhochschule	509	458	51	51	0
• Institut der Feuerwehr	147	142	5	5	0
• DHPol	112	112	0	0	0
• Aus- und Fortbildung	64	60	4	3	0

Das Stellen-Soll 2018 reduziert sich von 57.785 auf 57.782 aufgrund der Umsetzung von 3 Planstellen gemäß § 50 LHO NRW.

Neue Planstellen und Stellen

Im Entwurf sind **1.762 neue Planstellen und Stellen** berücksichtigt. Diese konzentrieren sich im Wesentlichen auf folgende Bereiche:

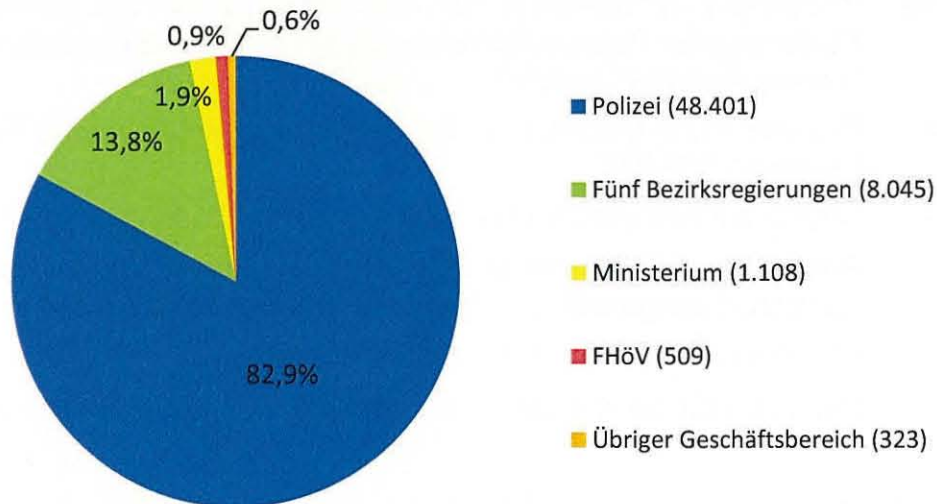
- Für die **Polizei** sind 1.122 neue Planstellen und Stellen für folgende Aufgaben vorgesehen:
 - 500 Stellen für Verwaltungsassistenten, Entlastung der Schutz- und Kriminalpolizei von Verwaltungsaufgaben

- 402 19 Planstellen und 383 Stellen insbesondere zur Terrorabwehr und Kriminalitätsbekämpfung
- 220 Planstellen zur Übernahme von geprüften Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärttern, mit kw-Vermerk zum 31.12.2019
- Bei den **Bezirksregierungen** sind insgesamt 552 neue Planstellen und Stellen für folgende Aufgabenbereiche vorgesehen:
 - 493 Planstellen und Stellen für den Asylbereich, für die UfA Büren, zur Förderung der Reproduktionsmedizin sowie für das Aktionsprogramm "Komm-An NRW" (MKFFI)
 - 36 Planstellen zur Umsetzung der Gigabitstrategie und für die Vergabekammern (MWIDE)
 - 11 Stellen zur Kampfmittelbeseitigung und für die Stiftungsaufsicht (IM)
 - 8 Planstellen für Aufgaben in den Bereichen Luftverkehrsgesetz, Luftsicherheitsgesetz, Großraum- u. Schwertransporte, Bahn (VM)
 - 3 Korrektur HH 2018: 3 Planstellen im Entwurf
 - 1 Planstelle für die Kontrolle von Gebäude-Energieausweisen (MHKBG)
- Bei der **Fachhochschule für öffentliche Verwaltung** sind insgesamt 51 neue Planstellen und Stellen in Lehre und Verwaltung aufgrund der steigenden Einstellungszahlen, sowie zur Sicherung bzw. Steigerung der Qualität der Lehre vorgesehen.
- Im **Ministerium** sind 29 neue Planstellen und Stellen für folgende Aufgabenbereiche vorgesehen:
 - 10 Stärkung der Inneren Sicherheit
 - 3 Querschnittsaufgaben (Rechnungswesen, Controlling, Personal)
 - 16 Stellen zur Übernahme von Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme für schwerbehinderte Menschen; kw zum 31.12.2023
- Das **Institut der Feuerwehr** erhält 5 Planstellen und Stellen, davon 2 Stellen zur Stärkung des Digitalfunks sowie jeweils 1 Stelle für einen Projektmitarbeiter/in für die bauliche Weiterentwicklung und Küchenmitarbeiter/in für die Kantine und 1 Planstelle für die Z-Abteilung.
- Beim **Institut der öffentlichen Verwaltung NRW** werden 3 neue Planstellen zur Aufrechterhaltung und Sicherung des Unterrichtsangebotes und Steigerung der Qualität der Lehre eingerichtet.

Personalverteilung im Geschäftsbereich

Das folgende Diagramm veranschaulicht, wie sich die Planstellen und Stellen des Einzelplans im Geschäftsbereich verteilen:

Personalverteilung im Geschäftsbereich des IM



4.3 Kw-Vermerke

Mengengerüst

Gegenüber dem Vorjahr – nach der Neuressortierung der Landesregierung – ist die Zahl der kw-Vermerke insgesamt von 2.055 um 886 auf 1.169 gesunken. Hierbei sind:

- 1.163 kw-Vermerke realisiert,
- per Saldo 5 kw-Vermerk aus anderen Bereichen umgesetzt und
- 272 kw-Vermerke neu ausgebracht, hiervon:
 - Polizei 228
 - Bezirksregierungen: Gigabit-Strategie 28
 - Ministerium: Stellen zur Einstellung schwerbehinderter Menschen (Qualifizierungsklasse) 16

Es ergeben sich im Einzelnen folgende Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Kw-Vermerke	2019	2018	Realisiert	Umgesetzt	Gestrichen	Neu	Saldo
Einzelplan, hiervon	1.169	2.055	-1.163	5	0	272	-886
• Polizei	761	1054	-530	9	-	228	-293
• Bezirksregierungen	348	930	-619	9	-	28	-582
• Ministerium	59	70	-14	-13	-	16	-11
• DHPol	1	1	0	-	-	0	0

Bei der Polizei sind 220 Planstellen A 9 zur Übernahme von Kommissar-anwärterinnen und -anwärtern neu etatisiert und kw gestellt mit Fälligkeit 31.12.2019. Ebenso sind 8 Verbindungsstellen mit kw-Vermerk zum 31.12.2020 eingerichtet.

Im Kapitel der Bezirksregierungen entfallen insgesamt 619 Planstellen und Stellen durch fällig werdende kw-Vermerke zum 31.12.2018, davon können 605 dem Themenbereich Flüchtlinge/Unterbringung und der Betreuung von Asylbewerbern zugeordnet werden.

Im Ministerium sind 16 neue Stellen für die Qualifikationsklasse mit kw-Vermerk versehen. 14 Planstellen und Stellen entfallen durch die Realisierung von kw-Vermerken.

Fälligkeit

Nachstehende Tabelle gibt die nominellen Fälligkeiten gemäß Haushaltsentwurf bezogen auf die betroffenen Kapitel wieder:

Fälligkeit der kw-Vermerke	Gesamt	unter Vorbehalt	Personeingebunden	2019	2020	2021	2022	2023	2024 ff.
Einzelplan, hiervon	1.169	141	16	274	72	528	10	69	59
• Ministerium	59	2	-	10	2	0	5	40	0
• Polizei	761	-	16	223	12	500	4	6	0
• DHPol	1	1	-	-	-	-	-	-	-
• Fünf Bezirksregierungen	348	138	-	41	58	28	1	23	59

4.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung

Die Einstellungsermächtigungen und Stellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Polizei, Allgemeiner Verwaltungsdienst und spezielle Laufbahnen) sind den Erfordernissen entsprechend etatisiert. Nachstehende Gesamtübersicht veranschaulicht die Einstellungsermächtigungen im Einzelplan:

Kapitel	Einstellungsermächtigungen	2019	2018
Einzelplan		2.954	2.809
● 03 110	Kommissaranwärter und -anwärterinnen	2.400	2.300
● 03 310	Verwaltungsreferendare und -referendarinnen	10	10
● 03 310	Regierungsvermessungsreferendare und -referendarinnen	59	59
● 03 310	Regierungsvermessungsoberinspektoranwärter und -anwärterinnen	13	8
● 03 310	Regierungsinspektoranwärter und -anwärterinnen	200	200
● 03 310	Vollzugsoberssekretäranwärter und -anwärterinnen	13	12
● 03 310	Regierungssekretäranwärter und -anwärterinnen	49	63
● 03 310, TG 70	Regierungsvermessungsoberinspektoranwärter und -anwärterinnen	22	18
● 03 310, TG 71	Umweltreferendare und -referendarinnen	8	7
● 03 310, TG 71	Umweltoberinspektoranwärter und -anwärterinnen	31	17
● 03 310, TG 72	Referendarinnen und Referendare der Landespflege	6	0
● 03 310, TG 74	Gewerbereferendare und -referendarinnen	10	12
● 03 310, TG 74	Gewerbeoberinspektoranwärter und -anwärterinnen	80	64
● 03 310, TG 74	Gewerbeobersekretäranwärter und -anwärterinnen	30	16
● 03 310, TG 75	Bergreferendare und -referendarinnen	7	7
● 03 750	Brandreferendare und -referendarinnen	8	8
● 03 750	Brandoberinspektoranwärter und -anwärterinnen	8	8

TG 70: Agrarverwaltung; TG 71: Umweltverwaltung; TG 72: Naturschutzverwaltung; TG 74: Arbeitsschutz; TG 75: Bergverwaltung.

Zur Gewinnung von mehr Polizei auf der Straße wurden die Einstellungszahlen bereits mit dem Nachtrag 2017 auf 2.300 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter erhöht. Um die hohen unterjährigen Abgänge im Polizeibereich künftig nicht nur zeitnah kompensieren zu können, sondern schnellstmöglich auch eine Erhöhung der Personalstärke der Polizei zu erreichen, wird dieses Einstellungsniveau nicht nur,

wie ursprünglich vorgesehen, beibehalten, sondern mit dem Haushalt 2019 nochmals um 100 zusätzliche Anwärterinnen und Anwärter auf 2.400 erhöht. Dies ist notwendig, da derzeit davon ausgegangen werden muss, dass die Belastung der Polizei in NRW, nicht zuletzt wegen der allgemeinen Terrorlage und den wachsenden Aufgaben bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität, weiter ansteigt.

Die Zahl der Auszubildenden nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) ist mit 335 gegenüber dem Haushaltsjahr 2018 unverändert geblieben. Die Stellen sind wie folgt etatisiert: 5 im Ministerialkapitel, 101 bei der Polizei, 211 bei den Bezirksregierungen, davon 36 in der Titelgruppe 70 – Agrarverwaltung, 5 beim Institut für öffentliche Verwaltung, 10 bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und 3 beim Institut der Feuerwehr.

II.

**Stellenpläne, Einnahmen und
Ausgaben nach Kapiteln**

Kapitel 03 010 Ministerium

Stellenplan

	2019	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2018	+/-
Planstellen	816	214	562	40	-	796	+20
Stellen	292	4	81	184	23	308	-16
Gesamt	1.108	218	643	224	23	1.104	+4
<i>ATZ-Planstellen</i>	2	-	2	-	-	2	-
<i>ATZ-Stellen</i>	6	-	1	5	-	6	-

Im Ministerium werden 29 neue Planstellen und Stellen geschaffen. Weitere Veränderungen ergeben sich durch Umsetzung von Planstellen und Stellen sowie die Realisierung von kw-Vermerken.

Im Einzelnen werden zur Stärkung der Inneren Sicherheit zehn neue Planstellen eingerichtet. Drei Planstellen erhöhen das Stellen-Soll für Querschnittsaufgaben, davon zwei Planstellen für den Bereich Rechnungswesen und Controlling sowie eine Planstelle für den Bereich Personalwerbung.

Ferner werden 16 neue Stellen zur Übernahme der Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme für schwerbehinderte Menschen zu Verwaltungsfachangestellten mit kw-Vermerk zum 31.12.2023 eingerichtet. Die Stellen werden den aufnehmenden Behörden/Einrichtungen längstens bis zum 31.12.2023 zusätzlich zur Verfügung gestellt. Spätestens ab 01.01.24 sind die Angestellten dann auf Stellen der jeweiligen Verwaltung zu führen.

Ein weiterer Plan-/Stellenzuwachs erfolgt durch die Umsetzung von 14 Planstellen zur dezentralen Umsetzung des EGovG NRW aus dem Stellenpool des CIO mit kw-Vermerk zum 01.01.2023. Davon werden fünf Planstellen den Bezirksregierungen zur Verfügung gestellt und in das Kapitel 03 310 umgesetzt.

Des Weiteren erfolgt die Umsetzung je einer Planstelle für die Normprüfstelle aus Kapitel 12 050, für den Bereich Kataster und Vermessung aus Kapitel 03 310, für die Polizeibeschwerdestelle und befristet bis zum 31.12.2019 für den parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Amri“ aus Kapitel 03 110 sowie als Folgewirkung der Umressortierung aus Kapitel 02 010 und Kapitel 08 010.

Dagegen führen die Umsetzung von 26 Stellen für Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme für schwerbehinderte Menschen sowie die Realisierung von 14 kw-Vermerken, davon acht für den Bereich Asyl und sechs Qualifizierungsstellen, zu einer Verringerung des Stellen-Solls.

Einnahmen und Ausgaben

	2019	2018	+/-	in v.H.
Einnahmen	26.739.800	9.764.800	16.975.000	173,8
Ausgaben	167.360.700	150.405.000	16.955.700	11,3
• Personalausgaben	68.682.100	66.831.100	1.851.000	2,8
• Sachausgaben	98.678.600	83.573.900	15.104.700	18,1

Die Einnahmen erhöhen sich, aufgrund der Erstattungen des Bundes für die Durchführung der Europawahl.

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die vorgenannten Stellenveränderungen sowie die Tarif- und Besoldungserhöhung 2018.

In Summe erhöhen sich die Sachausgaben um 15,1 Mio. EUR.

Wesentliche Einzelpositionen sind die Erstattungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für die Durchführung der Europawahl (16,9 Mio. EUR) und Maßnahmen zur Stärkung der Inneren Sicherheit (4,8 Mio. EUR).

Dagegen entfallen einmalig zu leistende Liegenschaftskosten (4,8 Mio. EUR).

Im Einzelnen kommt es zu folgenden wesentlichen Veränderungen:

- Kostenerstattung Durchführung der Europawahl (16,9 Mio. EUR)
- Verfassungsschutz (3,1 Mio. EUR)
(u. a. Extremismusprävention sowie sonstiger Sach- und Investitionsaufwand)
- Ausstattung der Meldebehörden mit Dokumentenprüfgeräten (1,7 Mio. EUR)
- Ressortinterne Umsetzung des E-GovG NRW (1,0 Mio. EUR)
(Digitalisierung der Verwaltung, Einführung der E-Akte)
- Liegenschaftskosten für das Dienstgebäude (- 4,8 Mio. EUR)

Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen

Einnahmen und Ausgaben

	2019	2018	+/-	in v.H.
Einnahmen	0	0	0	
Ausgaben	20.330.500	25.390.500	-5.060.000	-19,9
• Personalausgaben	43.422.000	44.884.400	-1.462.400	-3,3
• Sachausgaben	-23.091.500	-19.493.900	-3.597.600	18,5
davon Globale Minderausgabe	-32.527.500	-28.929.900	-3.597.600	12,4

Das Kapitel 03 020 ist im Zuge der Umstellung des Einzelplans 03 auf EPOS.NRW bereits weitgehend aufgelöst. Mit dem Haushalt 2019 besteht das Kapitel lediglich noch aus den Beihilfen, einem Verstärkungstitel für Instandhaltungen und den Soforthilfen zur Milderung von Notständen an durch Elementarereignisse Geschädigte, sowie der Globalen Minderausgabe.

Die Ansätze für Beihilfen werden an die tatsächlichen Ausgaben nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen angepasst.

Im Haushalt 2019 ist eine Globale Minderausgabe in Höhe von 32,5 Mio. EUR zu erbringen.

Kapitel 03 110 Polizei

Stellenplan

	2019	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2018	+/-
Planstellen	40.893	745	40.148	-	-	41.186	-293
Stellen	7.508	150	2.403	4.673	282	6.616	+892
Gesamt	48.401	895	42.551	4.673	282	47.802	+599

<i>ATZ-Planstellen</i>	1	-	1	-	-	4	-3
<i>ATZ-Stellen</i>	7	-	5	2	-	13	-6
<i>Vorbereitungsdienst</i>	7.000	-	7.000	-	-	6.520	+480
<i>Auszubildende</i>	101	-	-	-	-	101	-

Bei den Planstellen werden 530 kw-Stellen zum 31.12.2018 realisiert (Übernahmestellen für ausgebildete Kommissarinnen und Kommissare sowie Verbindungsstellen). Weitere zwei Abgänge resultieren aus Verlagerungen in das Ministerialkapitel (PUA „Amri“ sowie Polizeibeswerdestelle).

Im Tarifbereich ist ein befristeter Zugang von insgesamt 9 Stellen aus dem Ministerialkapitel zur Umsetzung der Qualifizierungsklassen LQ 19 – LQ 21 zu verzeichnen.

Daneben sieht der Haushaltsentwurf folgende neuen Planstellen und Stellen für die genannten Aufgaben vor:

- 500 Polizeiverwaltungsassistenten gemäß Koalitionsvertrag
- 220 Planstellen zur Übernahme von geprüften Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärttern
- 101 Neue Stellen zur Terrorbekämpfung (Koordinierungsstelle Gefährder, Informatiker, Quellen-TKÜ, Finanzermittler etc.)
- 92 Neue Stellen für Schwerpunkte der Kriminalitätsbekämpfung
- 52 Neue Stellen für Digitale Asservate, Spezialisten im LKA (Bekämpfung Cyberkriminalität), Wirtschaftskriminalität, Auswertung von DNA-Spuren
- 43 Neue Stellen für das LAFP. Der Mehrbedarf bei der Aus- und Fortbildung ergibt sich aufgrund der gestiegenen Bewerbungs- und Einstellungszahlen
- 28 Neue Planstellen und Stellen für die Erneuerung des Digitalfunk
- 21 Neue Stellen zur Umsetzung des Logistikkonzeptes
- 20 Eine neue Planstelle und 19 neue Stellen zur Umsetzung des Konzeptes „Mobiler Streifenwagen“ und dessen Betrieb
- 11 Neue Planstellen und Stellen zur Stärkung der Verwaltung im LZPD und LKA
- 8 Neue Planstellen für die Verbindungsstellen bei den Bezirksregierungen (Unterstützung Asylbereich)
- 6 Neue Stellen für den Datenaustausch mit den Haftanstalten

Entwurf des Haushaltsplans 2019
Erläuterungen zum Einzelplan 03

- 5 Neue Stellen zur Umsetzung der Netzhärtung (IT)
- 5 Neue Stellen zur Übernahme von Auszubildenden zur Geschwindigkeitsüberwachung
- 4 Neue Planstellen und Stellen zur Umsetzung von Automotiv-IT
- 4 Neue Stellen zum Aufbau einer Lieferantensteuerung
- 1 Neue Stelle zur Operativen Funküberwachung/-aufklärung sowie zur Abwehr von Drohnen
- 1 Neue Planstelle für die Pseudonymisierung im Verfahren EPOS.NRW.

Einnahmen und Ausgaben

	2019	2018	+/-	in v.H.
Einnahmen	66.609.500	68.609.500	-2.000.000	-2,9
Ausgaben	3.400.595.800	3.249.706.500	150.889.300	4,6
• Personalausgaben	2.608.916.600	2.520.548.300	88.368.300	3,5
• Sachausgaben	791.679.200	729.158.200	62.521.000	8,6
davon sächliche Verwaltungsausgaben	471.502.500	455.372.100	16.130.400	3,5
davon Investitionen	226.178.100	207.241.700	18.936.400	9,1
davon Digitalfunk	60.761.000	42.776.700	17.984.300	42,0

Einnahmen

Der Rückgang bei den Einnahmen ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass weitere Erlöse nach dem Verkauf der Hubschrauber nicht mehr anfallen. Die Erhöhung des Einnahme-Solls bei den Verwargeldern kann dies nur teilweise kompensieren.

Personalhaushalt

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die vorgenannten Stellenveränderungen.

Sachhaushalt

Für die Sachausgaben werden im Haushaltsjahr 2019 insgesamt 791,68 Mio. EUR veranschlagt. Dieser Verfügungsrahmen übersteigt den Vorjahreswert um 67,52 Mio. EUR.

- **Fuhrpark der Polizei**
Mit dem Auslaufen der Leasingverträge für Funkstreifenwagen der Funktion 21 werden 38,4 Mio. EUR für den Kauf neuer bedarfsgerechter Funkstreifenwagen der Funktion 21 benötigt. Spezialfahrzeuge für die Technischen Einsatzeinheiten (TEE) werden ebenso angeschafft, wie für die zusätzlichen Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE) sowie die Beweissicherungs- und Festnahme-hundertschaften (BFH).
- **Persönliche Ausstattung**
15 Mio. EUR werden für die Erneuerung und Verbesserung der persönlichen Ausstattung, z.B. für die Außentragehülle, die Ausstattung mit ballistischen Schutzhelmen und für Bodycams der Polizistinnen und Polizisten etatisiert.
- **IT-Ausstattung**
Zusätzliche 13,3 Mio. EUR sind veranschlagt, um die IT-Ausstattung zu erneuern und zu verbessern. Insbesondere die Bereiche der Infrastruktur zur Bekämpfung von Cyberkriminalität, der diversen IT-Fachverfahren, des Projekts „Mobile Endgeräte im Streifenwagen“, der Auswertung von Massendaten und Big-Data sowie der Ausweitung der Videobeobachtung werden verstärkt.
- **Liegenschaften**
Neben kostenneutralen Liegenschaftsveränderungen sind 12,3 Mio. EUR für den Bereich der Liegenschaften vorgesehen. Dringende Bedarfe ergeben sich insbesondere bei Anmietungen auf Grund der erhöhten Einstellungszahlen sowie der räumlichen und technischen Ausstattung für zusätzliches Personal. Zusätzlich werden Mittel für die Anmietungen für „AMOK-TE“-Trainingsflächen vorgesehen sowie für die Ausstattung von neuen Dienststellen nach Um- bzw. Neubaumaßnahmen.
Daneben sind Verpflichtungsermächtigungen von 315,8 Mio. EUR für dringende Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im Polizeibereich vorgesehen.
- **Digitalfunk**
Beim Digitalfunk erhöhen sich die Ansätze um 17,98 Mio. EUR auf insgesamt 60,8 Mio. EUR. Für die Umsetzung der erforderlichen Modernisierungs- und Här-tungsmaßnahmen sowie die fortgesetzte Bereitstellung der Betriebsleistungen in NRW bis zum Jahr 2030 war eine umfassende Neujustierung der finanziellen Rahmenbedingungen erforderlich. Diese ist in der Weise erfolgt, dass die bisher gezogene Gesamtkostenobergrenze (2007 bis 2021) durch eine neue (2018 bis 2030) abgelöst wurde, die den erweiterten Auftrag sowie dessen zeitlichen Aus-lauf berücksichtigt (näheres hierzu siehe Landtagsvorlage 17/860).

Kapitel 03 130 Deutsche Hochschule der Polizei

Stellenplan

	2019	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2018	+/-
Planstellen	34	19	12	3	-	34	-
Stellen	78	13	10	39	16	78	-
Gesamt	112	32	22	42	16	112	-

Einnahmen und Ausgaben

	2019	2018	+/-	in v.H.
Einnahmen	11.579.700	10.813.500	766.200	7,1
Ausgaben	13.530.800	12.773.500	757.300	5,9
• Personalausgaben	10.330.600	9.529.900	800.700	8,4
• Sachausgaben	3.200.200	3.243.600	-43.400	-1,3

Die Personalausgaben sind auf der Basis der Besoldungs- und Tariferhöhung 2018 angepasst. Bei den Sachausgaben entfallen die im Vorjahr einmalig etatisierten Ausgaben für die Ersatzbeschaffung einer neuen Telefonanlage.

Der Haushaltsentwurf sieht außerdem bei den Ausgaben für drittmittelfinanzierte Projekte eine Erhöhung um insgesamt 858.000 EUR vor, denen in gleicher Höhe zweckgebundene Einnahmen gegenüberstehen.

Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen

Stellenplan

	2019	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2018	+/-
Planstellen	4.650	1.236	2.650	759	5	4.702	-52
Stellen	3.395	62	1.515	1.717	101	3.402	-7
Gesamt	8.045	1298	4.165	2.476	106	8.104	-59
Davon							
Stammkapitel	5.211	913	2.353	1.839	106	5.281	-70
Titelgruppen gesamt	2.834	385	1.812	637	-	2.823	+11
TG 60 (Entmunitionierung)	91	7	46	38	-	83	+8
TG 65 (UfA Büren)	99	4	9	86	-	95	+4
TG 70 (Agrarverwaltung)	380	37	213	130	-	380	-
TG 71 (Umweltverwaltung)	981	182	730	69	-	981	-
TG 72 (Naturschutzverw.)	55	17	36	2	-	55	-
TG 74 (Arbeitsschutzverw.)	576	65	366	145	-	576	-
TG 75 (Bergverwaltung)	80	26	47	7	-	80	-
TG 76 (vormals Förderstelle integrative Beschulung)	8	-	1	7	-	8	-
TG 77 (vormals Landesstelle Schulsport)	1	-	-	1	-	1	-
TG 80 (Vermessung/Kataster)	350	36	228	86	-	351	-1
TG 81 (Kompetenzzentrum Integration)	54	3	16	35	-	54	-
TG 83 (Landessammelstelle für radioaktive Abfälle)	5	-	2	3	-	5	-
TG 84 (Versorgungsverw.)	154	8	118	28	-	154	-
<i>ATZ-Planstellen</i>	2	1	-	1	-	19	-17
<i>ATZ-Stellen</i>	8	1	5	2	-	22	-14
<i>Vorbereitungsdienst</i>	1.265	222	857	186	-	1.074	+191
<i>Auszubildende</i>	233	-	-	-	-	233	-

Im Kapitel der Bezirksregierungen werden mit dem Haushaltsentwurf 2019 insgesamt 552 neue Planstellen und Stellen etatisiert:

- 478 Neue Planstellen und Stellen Asylbereich (MKFFI)
- 28 Neue Planstellen zur Umsetzung der Gigabitstrategie (MWIDE)
- 8 Neue Stellen zur Kampfmittelbeseitigung (IM)
- 8 Neue Planstellen für die Vergabekammern (MWIDE)
- 8 Neue Planstellen für die Förderung der Reproduktionsmedizin (MKFFI)
- 8 Neue Planstellen für Aufgaben in den Bereichen Luftverkehrsgesetz, Luftsicherheitsgesetz, Großraum- u. Schwertransporte, Bahn (VM)
- 4 Neue Stellen für die UfA Büren (MKFFI)

- 3 Korrektur HH 2018: 3 Planstellen im Entwurf
- 3 Neue Stellen für das Aktionsprogramm "Komm-AN NRW" (MKFFI)
- 2 Neue Planstelle und neue Stelle für die Stiftungsaufsicht (IM)
- 1 Neue Planstelle für die Kontrolle von Gebäude-Energieausweisen (MHKBG).

Die Anzahl der beabsichtigten Neueinstellungen für Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst erhöht sich um 39 auf 563 Einstellungsermächtigungen. Damit werden 2019 insgesamt 1.265 Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst bei den Bezirksregierungen eingestellt sein.

Aussagen zu den kw-Vermerken bei den Bezirksregierungen finden sich im allgemeinen Teil des Erläuterungsbandes unter Nr. 4.3.

Einnahmen und Ausgaben

	2019	2018	+/-	in v.H.
Einnahmen	53.236.300	53.649.000	-412.700	-0,8
Ausgaben	641.603.100	621.710.800	19.892.300	3,2
• Personalausgaben	462.998.800	453.084.600	9.914.200	2,2
• Sachausgaben	178.604.300	168.626.200	9.978.100	5,9

Die Einnahmen reduzieren sich aufgrund der teilweisen Gebührenfreiheit bei der Nutzung von Geobasisdaten (- 440.000 EUR). Auf der anderen Seite kommen Gebühreneinnahmen im Zusammenhang mit der EU-Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie sowie der Energieeinsparverordnung neu hinzu (+ 27.300 EUR).

Personalhaushalt

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die vorgenannten Stellenveränderungen sowie die Tarif- und Besoldungserhöhung 2018.

Sachhaushalt

Die Ausgaben für den Sachhaushalt sind gegenüber dem Vorjahr um 9,978 Mio. EUR gestiegen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Veränderungen:

- Die Ansätze in der Titelgruppe 90 (Informations- und Kommunikationstechnik) erhöhen sich um 8,88 Mio. EUR. Zum einen wird damit der Austausch von Netzwerkkomponenten, die Umstellung von Software (Windows, Office), Kostensteigerungen bei IT.NRW (DOMEA), VoIP für die UfA Büren sowie die Anschaffung neuer Server finanziert. Zum anderen dienen die Mehrausgaben zur Deckung

von erhöhten Betriebskosten für die serverbasierte Infrastruktur für das Verfahren der Entschädigungsrenten aufgrund der Einstellung des Betriebes der IBM-Plattform.

- Der Ansatz für Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (Titel 511 01) erhöht sich um 2,675 Mio. EUR.
- Bei der Liegenschaftsverwaltung reduzieren sich die Ansätze um 3,153 Mio. EUR aufgrund des Wegfalls von 2018 einmalig für die Bauunterhaltung etatisierten Haushaltsmitteln.

Kapitel 03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW

Titelgruppe 60 Institut für öffentliche Verwaltung NRW und Landesprüfungsamt für Verwaltungslaufbahnen

Stellenplan

Titelgruppe 60	2019	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2018	+/-
Planstellen	9	2	7	-	-	6	+3
Stellen	21	-	7	9	5	20	+1
Gesamt	30	2	14	9	5	26	+4

Die Anzahl der Planstellen steigt aufgrund der Einrichtung von drei Stellen für hauptamtlich Lehrende. Da sich die Gewinnung qualifizierter nebenamtlicher Lehrkräfte immer schwieriger gestaltet und mehrere nebenamtlich eingesetzte Ruhestandsbeamte, die einen erheblichen Unterrichtsumfang abdecken, ab 2019 nicht mehr zur Verfügung stehen werden, ist die teilweise Umstellung auf hauptamtliche Kräfte zur Sicherstellung des Unterrichtsangebots notwendig. Vor dem Hintergrund der beständig hohen Teilnehmerzahlen soll zudem durch die Installation hauptamtlicher Lehrkräfte auch die Qualität der Lehre weiter gesteigert werden. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt komplett kostenneutral, da die entstehenden Personalkosten vollumfänglich bei den Mitteln für Aus- und Fortbildung (Sachmittelbereich) kompensiert werden.

Des Weiteren erfolgt ein Zuwachs von einer Stelle aufgrund der Umsetzung einer Stelle mit Budget aus dem „STAR-Programm“ des MAGS (Einzelplan 11).

Einnahmen und Ausgaben

	2019	2018	+/-	in v.H.
Einnahmen	94.600	94.600	0	0,0
Ausgaben	4.521.200	4.526.600	-5.400	-0,1
• Personalausgaben	1.745.600	1.478.400	267.200	18,1
• Sachausgaben	2.775.600	3.048.200	-272.600	-8,9

Die Erhöhung der Personalausgaben ergibt sich aus der oben genannten Ausweitung des Stellen-Solls sowie den Tarif- und Besoldungssteigerungen.

Der Sachhaushalt sinkt im Saldo aufgrund der budgetneutralen Einrichtung der Stellen für hauptamtlich Lehrende (s.o.) sowie im Vergleich zu 2018 geringerer Kosten

im Investivbereich. Dem stehen geringfügige Steigerungen aufgrund der Indexierung der BLB-Mieten sowie der Fortschreibung der MFP im Bereich der Mittel für Aus- und Fortbildung gegenüber (Bereitstellung aktueller Unterrichtsmaterialien, hohe Auslastung des Kursangebots).

Kapitel 03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW

Titelgruppe 61 Fortbildungsakademie des Ministeriums des Innern NRW

Stellenplan

Titelgruppe 61	2019	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2018	+/-
Planstellen	13	6	6	1	-	13	-
Stellen	21	1	3	17	-	21	-
Gesamt	34	7	9	18	0	34	-

Der Stellenplan der Fortbildungsakademie bleibt in 2019 gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Einnahmen und Ausgaben

	2019	2018	+/-	in v.H.
Einnahmen	129.800	129.800	0	0,0
Ausgaben	8.944.500	8.972.900	-28.400	-0,3
• Personalausgaben	1.984.400	1.941.700	42.700	2,2
• Sachausgaben	6.960.100	7.031.200	-71.100	-1,0

Die Erhöhung des Personalhaushalts ergibt sich ausschließlich aus den Tarif- und Besoldungssteigerungen.

Die Veränderungen im Sachhaushalt resultieren ausschließlich aus der Fortschreibung der MFP sowie der Indexierung der BLB-Mieten. Größter Einzelposten ist hier ein um rund 100.000 EUR verminderter Bedarf für Investivmaßnahmen.

Kapitel 03 350 Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW

Stellenplan

	2019	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2018	+/-
Planstellen	367	309	50	8	-	335	+32
Stellen	142	5	39	98	-	123	+19
Gesamt	509	314	89	106	0	458	+51
<i>ATZ-Planstellen</i>	<i>1</i>	<i>0</i>	<i>1</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>1</i>	<i>-</i>

An der FHöV werden insgesamt 51 neue Planstellen und Stellen für Lehre und Verwaltung bereitgestellt.

Die Erhöhung der Einstellungsermächtigungen für Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter auf 2.300 pro Jahr ab 2017 sowie 2.400 in 2019 wirkt sich auch in 2019 aus, da mit dem Beginn des Studienjahres nochmals 400 zusätzliche Studierende an der Fachhochschule räumlich untergebracht und angemessen unterrichtet werden müssen.

Insgesamt wurden 30 zusätzliche Planstellen für Lehrende geschaffen. Ziel ist es, trotz der steigenden Studierendenzahlen ein gleichbleibend hohes Qualitätsniveau in der Lehre sicherzustellen sowie im Hinblick auf die Vorgaben des Hochschulrechts und der Akkreditierungskriterien die Ausstattung der FHöV mit hauptamtlichen Lehrkräften entsprechend anzupassen.

Damit einhergehend wurden auch zwei Planstellen sowie 19 Stellen in der Verwaltung neu eingerichtet. Damit wird der erhöhte Aufwand nachvollzogen, der sich aus dem Zuwachs bei den Studierenden ergibt. Davon sind insgesamt neun Stellen durch Einsparung bei den Mitteln für Aushilfskräfte budgetneutral eingerichtet worden. Hierbei handelt es sich um Aufgaben, die aufgrund des stetigen Anstiegs der Studierendenzahl sowie der immer komplexer werdenden Rahmenbedingungen nicht mehr nur temporär anfallen. Es war daher aus rechtlichen Gründen, ebenso wie aus arbeitsökonomischen Gründen geboten, statt befristeter Arbeitsverhältnisse dauerhafte Stellen einzurichten.

Einnahmen und Ausgaben

	2019	2018	+/-	in v.H.
Einnahmen	27.700	27.700	0	0,0
Ausgaben	64.555.400	62.698.000	1.857.400	3,0
• Personalausgaben	38.257.100	34.941.600	3.315.500	9,5
• Sachausgaben	26.298.300	27.756.400	-1.458.100	-5,3

Die Erhöhung des Personalhaushalts ergibt sich aus der bereits beschriebenen Ausweitung des Stellen-Solls sowie den Tarif- und Besoldungssteigerungen.

Bei den Sachausgaben resultiert das Absinken im Saldo aus der Fortschreibung der MFP. Hier sind insbesondere die Mittel für Investivmaßnahmen zu nennen, die gegenüber 2018 um 1,62 Mio. EUR geringer veranschlagt werden. Maßgeblich hierfür ist, dass in 2018 die Erstausrüstung des neuen Standorts in Herne sowie des Standorts Mülheim (Aufstockung der Kapazitäten) erfolgen musste, während in 2019 derartige Sondereffekte nicht zu verzeichnen und lediglich Ersatzbeschaffungen zu tätigen sind.

Dem steht eine (fortgeschriebene) Erhöhung der Mittel für den Geschäftsbedarf in Höhe von ca. 197.000 EUR gegenüber, der dem parallel zum Anstieg der Studierendenzahl in allen Bereichen erhöhten Aufwand Rechnung trägt.

Alle Bedarfe der FHöV für das Jahr 2019 basieren auf der Zahl von 2.300 Studierenden im Fachbereich Polizei. Aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten Erhöhung der Einstellungszahl auf 2.400 Kommissaranwärterinnen und -anwärter ergeben sich zum Beginn des neuen Studienjahres am 01.09.2019 weitere Herausforderungen, die eine weitere Bündelung aller personellen und finanziellen Ressourcen erforderlich machen werden.

Im Haushalt 2019 ist auch eine Verpflichtungsermächtigung von insgesamt 46 Mio. EUR für den beabsichtigten Neubau am Standort Gelsenkirchen vorgesehen. Da das alte Gebäude sowohl von den Kapazitäten als auch vom Zuschnitt nicht mehr den aktuellen Anforderungen genügt, sind mit der Neubaumaßnahme erhebliche wirtschaftliche Vorteile verbunden.

Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung

Einnahmen und Ausgaben

	2019	2018	+/-	in v.H.
Einnahmen	380.000	380.000	0	0,0
Ausgaben	74.839.500	75.357.500	-518.000	-0,7
• Personalausgaben	126.000	126.000	0	0,0
• Sachausgaben	74.713.500	75.231.500	-518.000	-0,7

Bei den Einnahmen haben sich keine Änderungen ergeben.

Bei den Sachausgaben sind für die Ausgaben für Datenverarbeitung 3,94 Mio. EUR bei dem neu eingerichteten Titel 538 00 veranschlagt.

Hierunter werden die Unterstützungsleistungen im Rahmen des Modularen Warnsystems (MoWaS), die einmalige Beschaffung von Digitalfunklizenzen und die Ausgaben für die Implementierung von „Notruf 2.0“, für die Software „CT Analyst“ und für die Fahrzeugverwaltung im Informationssystem Gefahrenabwehr NRW zusammengefasst.

Für Veranstaltungen, die im Rahmen der Förderung des Ehrenamtes in den Feuerwehren durchgeführt werden, sind rund 900.000 EUR beim neu eingerichteten Titel 541 00 veranschlagt.

Bei dem Projekt „VIDaL“ (Vernetzung von Informationen zur Darstellung der Landeslage) soll eine Schnittstelle entwickelt werden, die in anderen Systemen dezentral vorhandene und jeweils beschränkte Datenbestände zu einem Datenpool zusammenführt. Hierfür sind im Kapitel insgesamt 500.000 EUR zusätzlich bei den Titeln 526 01 (+ 0,1 Mio. EUR) und 633 14 (+ 0,4 Mio. EUR) vorgesehen.

Die Landeszuschüsse an Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung (Titel 883 10) errechnen sich aus dem geschätzten Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer in Höhe von 99 Mio. EUR (siehe Einzelplan 20, Kapitel 20 010), abzüglich der übrigen aus Mitteln der Feuerschutzsteuer finanzierten Ausgaben des Kapitels 03 710 sowie des Zuschussbedarfs des Instituts der Feuerwehr (Kapitel 03 750). Der Ansatz beträgt 32,6 Mio. EUR, somit 5,32 Mio. EUR weniger als 2018 (Titel 883 10). Ausgezahlt werden jedoch Zuschüsse in voraussichtlicher Höhe von 38 Mio. EUR. Der Differenzbetrag wird durch verfügbare Ausgabereste getragen.

Kapitel 03 750 Institut der Feuerwehr NRW Münster

Stellenplan

	2019	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2018	+/-
Planstellen	103	34	61	8	-	102	+1
Stellen	44	1	14	21	8	40	+4
Gesamt	147	35	75	29	8	142	+5
<i>Vorbereitungsdienst</i>	32	16	16	-	-	32	-
<i>Auszubildende</i>	12	-	-	-	-	12	-

Eine neue Planstelle (LG 1.2) im Institut der Feuerwehr NRW ist für die Abteilung Z vorgesehen.

Insgesamt sind vier neue Stellen für das Institut der Feuerwehr NRW eingerichtet, eine Stelle (LG 2.2) für die bauliche Weiterentwicklung und Erweiterung der Standorte des Instituts, zwei Stellen (LG 2.1) für die Stärkung des Digitalfunks und eine Stelle (LG 1.2) für die Speisenzubereitung und -ausgabe in der Kantine der Übungshalle.

Einnahmen und Ausgaben

	2019	2018	+/-	in v.H.
Einnahmen	1.349.000	1.145.000	204.000	17,8
Ausgaben	24.189.000	21.875.900	2.313.100	10,6
• Personalausgaben	8.974.100	8.376.300	597.800	7,1
• Sachausgaben	15.214.900	13.499.600	1.715.300	12,7

Bei den Einnahmen sind 204.000 EUR mehr veranschlagt als im Vorjahr.

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die oben genannten Änderungen im Stellenplan.

Beim Sachhaushalt vermindert sich der Ansatz bei der Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (Titel 517 01) um 170.000 EUR, da die Ansätze für die verschiedenen Positionen aufgrund von Erfahrungswerten aus den Vorjahren nach unten angepasst werden konnten.

Die Aufwendungen für externe Lehrgänge (Titel 546 10) steigen aufgrund der neuen Vereinbarung für die Ausbildungsgänge um rund 600.000 EUR.

Für die bauliche Strukturoptimierung des Instituts der Feuerwehr NRW stehen im Haushaltsjahr 2019 840.000 EUR neu zur Verfügung. Dieser Ansatz wird benötigt,

um das Standortentwicklungskonzept für die Neustrukturierung der Außenbereiche weiter zu entwickeln.

Aufgrund des höheren Bedarfs an neuen Dienstkraftfahrzeugen in 2019 wird der Ansatz für den Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen (Titel 811 01) um 930.000 EUR erhöht.

Der Ansatz für den Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen (Titel 812 00) wird aufgrund des geringeren Gesamtbedarfs an neuen Geräten und Ausrüstungsgegenständen um rund 510.000 EUR gesenkt.

Kapitel 03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen

Einnahmen und Ausgaben

	2019	2018	+/-	in v.H.
Einnahmen	14.949.600	16.590.700	-1.641.100	-9,9
Ausgaben	38.785.100	42.580.700	-3.795.600	-8,9

Die Erstattungen von Entschädigungslasten durch den Bund sind aufgrund der rückläufigen Entwicklung der Fallzahlen angepasst.

Im Sachhaushalt sind die Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz an Empfänger im Ausland an die voraussichtliche Entwicklung angepasst.

Kapitel 03 900 Versorgung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen

Einnahmen und Ausgaben

	2019	2018	+/-	in v.H.
Einnahmen	2.674.900	2.430.200	244.700	10,1
Ausgaben	216.968.600	203.028.100	13.940.500	6,9
• Personalausgaben	213.884.800	198.933.800	14.951.000	7,5
• Sachausgaben	3.083.800	4.094.300	-1.010.500	-24,7

Die Personalausgaben im Versorgungsbereich erhöhen sich aufgrund der Berechnung des Ministeriums der Finanzen unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Die durch die Versorgung der Beamtinnen und Beamten des Instituts der Feuerwehr NRW entstehenden Ausgaben (Kapitel 03 750) sind in den Deckungskreis der zweckgebundenen Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer einbezogen. Gleiches gilt für die in den Kapiteln 03 010 und 03 310 für Aufgaben der Gefahrenabwehr etatierten Planstellen.

Im Sachhaushalt wurden die Erstattungen von Versorgungsbezügen an Bund, Länder und Gemeinden an die Ist-Entwicklung angepasst.

**Kapitel 03 910 Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizei-
behörden und Polizeieinrichtungen des Landes
sowie ihrer Hinterbliebenen**

Einnahmen und Ausgaben

	2019	2018	+/-	in v.H.
Einnahmen	2.452.400	2.370.700	81.700	3,4
Ausgaben	1.168.534.800	1.077.842.700	90.692.100	8,4
• Personalausgaben	1.163.004.200	1.072.363.100	90.641.100	8,5
• Sachausgaben	5.530.600	5.479.600	51.000	0,9

Die Personalausgaben im Versorgungsbereich sind auf Basis der Berechnung des Ministeriums der Finanzen unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger ermittelt.

Bei den Sachausgaben sind die Ansätze für Erstattungen von Versorgungsbezügen an Bund, Länder und Gemeinden an die Ist-Entwicklung angepasst.

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen

Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355

poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de

